

Stadt Heidelberg

Drucksache:

0096/2022/BV

Datum:

02.05.2022

Federführung:

Dezernat II, Vermessungsamt

Beteiligung:

Betreff:

Platzbenennung vor dem Justizzentrum

Beschlussvorlage

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Bezirksbeirat Weststadt	23.06.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	06.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	
Gemeinderat	20.07.2022	Ö	() ja () nein () ohne	

Drucksache:

0096/2022/BV

00336576.doc

...

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Nach Anhörung des Bezirksbeirats Weststadt empfiehlt der Haupt- und Finanzausschuss dem Gemeinderat folgenden Beschluss:

Der in Verlängerung der Landhausstraße zwischen Bahnhofstraße und Kurfürsten-Anlage geplante Platz, der direkt östlich an das Justizzentrum angrenzt, erhält den Namen „Fritz-Bauer-Platz“.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag in Euro:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
• Kosten für Straßenbeschilderung	circa 1000 Euro
Einnahmen:	
• keine	
Finanzierung:	
• gedeckt im Rahmen der Erschließungsaufwendungen	circa 1000 Euro
Folgekosten:	
• keine	

Zusammenfassung der Begründung:

Mit der Realisierung des Bebauungsplans „Kurfürsten-Anlage“ nun auch östlich anschließend an das Justizzentrum soll auch der geplante Platz vor dem Haupteingang des Justizzentrums verwirklicht werden. Dies macht auch die Vergabe eines Platznamens nötig, wofür der ehemalige hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903 - 1968) vorgeschlagen wird, der durch sein Studium auch einen Bezug zu Heidelberg hat.

Begründung:

1. Städtebauliche Situation und Benennungsvorschlag

Der Bebauungsplan „Kurfürsten-Anlage“, der am 05.11.2008 in Kraft getreten ist, überplant den Bereich zwischen Kurfürsten-Anlage im Norden, Bahnhofstraße im Süden, Rohrbacher Straße im Osten und Römerstraße im Westen. In der Westhälfte des überplanten Bereichs bis einschließlich des Justizzentrums ist der Bebauungsplan seit einigen Jahren bereits realisiert. Die Osthälfte des überplanten Bereiches war bisher noch nicht neu gestaltet. Nach dem Abriss des bisherigen BAUHAUS-Komplexes werden nun auch hier die Vorgaben des Bebauungsplans umgesetzt.

Mit der Neugestaltung durch den Bebauungsplan „Kurfürsten-Anlage“ ist auch eine Verlängerung mehrerer südlich der Bahnhofstraße bestehender Straßen bis zur Kurfürsten-Anlage verbunden. Darüber wurde bereits mit der Informationsvorlage 0130/2012/IV den politischen Gremien Auskunft gegeben.

Nördlich anschließend an die Landhausstraße, zwischen Bahnhofstraße und Kurfürsten-Anlage, sieht der Bebauungsplan direkt östlich des Justizzentrums, vor dessen Haupteingang, einen Platz vor, der nun mit der Neubebauung des ehemaligen BAUHAUS-Areals realisiert wird und deshalb einen Namen erhalten soll. Aufgrund der Nähe zum Justizzentrum wird von der Verwaltung im Einvernehmen mit der Kommission für Straßenbenennungen der ehemalige hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer (1903-1968) als Namensgeber für den Platz vorgeschlagen.

2. Fritz Bauer (1903-1968)

Unter den Juristen seiner Generation hatte Fritz Bauer in mehrfacher Hinsicht einen außergewöhnlichen Werdegang: In den Anfängen seiner Berufsbiographie in den Jahren der Weimarer Republik zählte er als Sozialdemokrat in dem konservativ geprägten juristischen Milieu zu den politischen Außenseitern, die sich vorbehaltlos öffentlich für die demokratische Ordnung engagierten, und in der frühen Bundesrepublik gehörte er zu den wenigen NS-Verfolgungsopfern, die wichtige Positionen in der sonst personell weitgehend durch NS-Belastungen geprägten Justiz einnahmen. Bleibende Verdienste erwarb sich Bauer durch seine Beiträge zur juristischen Ahndung von NS-Verbrechen.

Bauer, der einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Stuttgart entstammte, absolvierte seit 1921 ein juristisches Studium in Heidelberg, München und Tübingen, wurde 1927 in Heidelberg promoviert und legte 1928 sein zweites Staatsexamen ab. Seit 1930 als Amtsrichter in Stuttgart tätig, engagierte er sich politisch vor allem im Stuttgarter Ortsverband des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold. Wegen der herausgehobenen Stellung in dieser Republikschutzorganisation zog er die Rachsucht der württembergischen Nationalsozialisten auf sich, die ihn im Frühjahr 1933 aus dem Staatsdienst drängten und für mehrere Monate inhaftierten. 1936 floh Bauer nach Dänemark, wo seine Schwester lebte, und bestritt seinen Lebensunterhalt als Handelsvertreter und Journalist. Nach der Besetzung Dänemarks durch die deutsche Wehrmacht 1940 geriet er zweimal kurzzeitig in Haft und lebte anschließend illegal im Land, bis er im Jahr 1943 nach Schweden fliehen konnte.

In die deutsche Justiz kehrte Bauer 1949 als Landgerichtsdirektor in Braunschweig zurück. 1950 stieg er dort zum Generalstaatsanwalt auf und profilierte sich in den folgenden Jahren juristisch, aber auch politisch vor allem durch den Prozess gegen den an der Niederschlagung des Umsturzversuchs vom 20. Juli 1944 maßgeblich beteiligten Otto Ernst Remer, der als Wahlkampfredner der rechtsextremistischen Sozialistischen Reichspartei die Verschwörer um den Hitler-Attentäter Stauffenberg als Hoch- und Landesverräter denunziert hatte. 1956 holte der sozialdemokratische hessische Ministerpräsident Georg August Zinn Bauer als Generalstaatsanwalt nach Frankfurt, wo er die personellen Ressourcen der neun Staatsanwaltschaften in seinem Zuständigkeitsbereich immer wieder auch zur Fahndung nach führenden Nationalsozialisten (Martin Bormann, Adolf Eichmann) und zur Durchführung von Prozessen gegen NS-Straftäter einsetzte. Herausragende Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang der maßgeblich durch Bauers Engagement zustande gekommene Frankfurter Auschwitz-Prozess der Jahre 1963 bis 1965.

Bauer, der 1968 in Frankfurt starb, galt zu Lebzeiten vielen, zumal im Justizapparat, als unerwünschter politischer Unruhestifter, und wurde erst geraume Zeit nach seinem Tod als Kämpfer gegen die Verdrängung der NS-Verbrechen und den fortlebenden Antisemitismus in Deutschland gewürdigt. Die Ehrungen, die ihm nicht zuletzt wohl wegen seiner jüdischen Herkunft lange verwehrt blieben, setzten erst in den 1990er Jahren ein (1995 mit der Gründung des Fritz Bauer Instituts zur Geschichte und Wirkung des Holocaust) und erfolgen seit zehn Jahren in rascher Frequenz: 2012 Benennung des Veranstaltungssaals im Amtsgericht Stuttgart nach Bauer, Stiftung eines Studienpreises für Menschenrechte und juristische Zeitgeschichte 2014, Errichtung eines Gedenksteins in Frankfurt 2016, Würdigung durch ein Postwertzeichen im Rahmen der Reihe „Aufrechte Demokraten“ 2019, Aufstellung einer Büste im Foyer des Bundesjustizministeriums 2020 sowie in den Jahren 2012 bis 2014 gleich vier Ausstellungen mit Bezug zu seiner Person, von denen eine („Fritz Bauer – Der Staatsanwalt. NS-Verbrechen vor Gericht“) bis heute als Wanderausstellung an bundesdeutschen Zentralorten der Geschichtsvermittlung zu sehen ist.

Wichtige Beiträge zur Vermittlung von Kenntnissen über Fritz Bauer an ein breiteres Publikum leisteten und leisten die 2015 beziehungsweise 2016 erstausgestrahlten und überwiegend positiv rezipierten Spielfilme „Der Staat gegen Fritz Bauer“ und „Die Akte General“. An nahezu allen seiner Wirkungsstätten und auch darüber hinaus (Altdorf, Bonn, Braunschweig, Frankfurt/Main, Ginsheim-Gustavsburg, Heinsberg, München, Ratingen, Stuttgart, Trier, Tübingen) erinnern nach ihm benannte Straßen und Plätze an Fritz Bauer. Es wäre folgerichtig, nun auch in Heidelberg, wo er einen Teil seiner Studienzeit verbrachte und promovierte wurde, einen Platz nach ihm zu benennen.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Keine

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

gezeichnet

Jürgen Odszuck

Anlagen zur Drucksache:

Nummer:	Bezeichnung
01	Karte zur Benennung des Platzes vor dem Justizzentrum